



1. Aktuelles
2. Parlamentarische Arbeit
3. Bürgerkontakt
4. Medienecho
5. Vorschau



Liebe Freunde und Mitglieder der FDP,

ich freue mich, Ihnen aus meiner Arbeit als Bundestagsabgeordneter berichten zu können. Mit meinem Newsletter möchte ich Sie regelmäßig über die aktuellen politischen Themen, das Wichtigste aus meiner parlamentarischen Arbeit sowie den Besuch von Bürgerinnen und Bürgern informieren.

Dr. Martin Lindner

1. Aktuelles

▪ Griechenland

In den vergangenen Tagen standen wir Abgeordnete des Deutschen Bundestages vor schweren Entscheidungen. Es ging nicht nur um Hilfen für Griechenland, es ging um die Stabilität unserer Währung. Wenn wir jetzt nicht entschlossen und gemeinsam mit unseren internationalen Partnern handeln, ist die Stabilität des Euro in größter Gefahr. Die drohende Zahlungsunfähigkeit Griechenlands hätte unabsehbare Folgen für unsere gemeinsame Währung. Ein Überspringen der Krise auf andere Länder Europas muss unter allen Umständen vermieden werden.

Ich habe mir die Zustimmung zu den Hilfen für Griechenland nicht leicht gemacht. Im vollen Bewusstsein meiner Verantwortung für Deutschland, für seine Bürger und seine Wirtschaft habe ich die Entscheidung für die Stabilität und die Zukunft des Euro getroffen.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat außerdem den Euro-Stabilisierungspakt diskutiert und den Gesetzentwurf formal beschlossen. Ich habe dabei deutlich gemacht, dass weitere inhaltliche Punkte geklärt werden müssen. Dazu gehört beispielsweise die Einbindung des IWF und wie geklärt wird, dass definitiv diejenigen, die die Hilfe in Anspruch nehmen auch tatsächlich ein Sanierungsprogramm vorlegen.

Über diesen Rettungsschirm hinaus erwarte ich, dass es auf europäischer Ebene klare Fortschritte gibt bei der Regulierung der Finanzmärkte. Dazu gehört die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der in der Vergangenheit aufgeweicht wurde. Sanktionen müssen schneller, effektiver, wenn möglich automatisch erfolgen. Euro-Mitgliedstaaten, die wiederholt übermäßige Haushaltsdefizite aufweisen, müssen einem beschleunigten Defizitverfahren unterworfen werden, so dass Sanktionen früher greifen können. Außerdem muss es deutlich spürbarere Sanktionen geben, z.B. Sperrung von EU-Zahlungen oder Suspendierung der Stimmrechte. Für den Fall der drohenden Zahlungsunfähigkeit muss die geordnete Insolvenz eines Euro-Staates möglich sein, bei der die Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen (Umschuldung). Ich persönlich halte es darüber hinaus für zwingend notwendig, dauerhaft säumige Staaten auch wieder aus der Euro-Zone auszuschließen zu können.

Desweiteren muss es schnell zur Regulierung bestimmter Finanzmarktprodukte kommen und wir brauchen eine europäische Rating-Agentur sowie eine funktionierende Aufsicht über Rating-Agenturen. Diejenigen, die diese Krise mit verursacht haben, müssen mit in die Verantwortung genommen werden. Das heißt, es muss eine risikoabhängige Bankenabgabe zur Errichtung eines Stabilitäts-Fonds zur Finanzierung künftiger Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen bei Banken vorangetrieben werden, damit der Finanzsektor bei zukünftigen Krisen selbst gewappnet ist und reagieren kann.

▪ Wahlausgang NRW

Die FDP in Nordrhein-Westfalen konnte sich auf 6,7 Prozent (+ 0,5 Prozent) leicht verbessern. Dennoch wurde das angepeilte Wahlziel nicht erreicht. Das ist enttäuschend und ein deutliches Signal der Wähler.

Die künftige Regierungskonstellation in Nordrhein-Westfalen bleibt weiter offen. Die FDP ist zu Sondierungsgesprächen über eine Ampelkoalition mit SPD und Grünen unter Bedingungen bereit, sofern SPD und Grüne endlich klar machen, dass Koalitionen mit den Linksextremisten nicht in Frage kommen.

Aus meiner persönlichen Erfahrung aus den geplatzen Verhandlungen über eine Ampelkoalition in Berlin im Jahr 2001 kann ich den Kollegen in NRW nur zu Vorsicht raten. Es hat sich damals gezeigt, dass die Ampel nie gewünscht war, sondern nur als Ablenkungsmanöver diente. Klaus Wowereit machte nach einem kurzen rot-grünen Intermezzo den Weg frei für Rot-Rot.

Auf der anderen Seite ist es wichtig, dass sich auch die FDP mehr als eine Koalitions-Option eröffnet.

Eine Analyse der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Kommentare zum Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen finden Sie unter:
http://www.liberale.de/files/2027/Analysebericht_NRW_090510.pdf

2. Parlamentarische Arbeit

▪ Brasilien-Reise

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle war vom 26. – 30.4. auf Auslandsreise in Brasilien. Stationen der Reise waren Brasilia, Sao Paulo und Rio de Janeiro. Der ca. 60-köpfigen Delegation aus Wirtschaftsvertretern, Beamten und Journalisten gehörte auch ich an. Während des Aufenthaltes standen Gespräche mit dem brasilianischen Wirtschaftsminister, dem Minister für Tourismus, dem Vize-Minister für Sport sowie dem Minister für Städtebau auf dem Programm. Insgesamt habe ich während der drei Tage Aufenthalt in Brasilien 20 Termine wahrgenommen.

Vor dem Hintergrund der anstehenden Mega-Ereignisse wie die Fußballweltmeisterschaft 2014 und die Olympischen Spiele 2016 in Rio de Janeiro hat die Delegation u.a. auch das Maracanã-Stadion besichtigt oder adidas do Brasil besucht.

Gerade für diese Sportereignisse sind deutsche Ingenieurskunst, deutsches Projektmanagement und deutsche Sicherheitsunternehmen außerordentlich gefragt. Dies gilt auch für den Transportsektor: Dort geht es unter anderem um Hochgeschwindigkeitszüge von Rio de Janeiro nach Sao Paulo. Die Brasilianer setzen sehr auf deutsche Technologie und deutsche Kompetenz und wir bringen potenzielle Partner zusammen.

Selbst im Krisenjahr 2009 hat Brasilien keinen Wirtschaftsrückgang erlebt, sondern eine "schwarze Null". Für dieses Jahr rechnet das Land mit einem Plus von 6,5 Prozent. Hintergrund ist eine starke Dynamik auf dem Rohstoffsektor, etwa Eisenerz oder große Ölfunde an der Küste vor Rio de Janeiro. Wir haben viele deutsche Unternehmen jeder Größe, die in Brasilien engagiert sind. Wir haben viele Brücken, weil es deutsche Auswanderer gibt. Das Land ist also für uns ganz entscheidend, um Wachstum anzuschieben.

▪ Neuregelung der Solar-Förderung

Union und FDP geben die Kostensenkungen für Solaranlagen an die Verbraucher weiter. Das ist fair. Es wäre unsozial, wenn weiterhin Traumrenditen für Anleger auf Kosten der Stromrechnungen von Familien gezahlt würden.

Gleichzeitig ist die Reform so maßvoll, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Solartechnik erhalten bleibt. Die schwarz-gelbe Koalition hebt das Ausbauziel für Solaranlagen sogar um mehr als die Hälfte an.



Die Koalition senkt die Vergütungen einmalig zum 1.7.2010 je nach Anlagentyp zwischen 11 und 16 Prozent ab. Als FDP haben wir erreicht, dass im Gegenzug die nächste Degressionsstufe Anfang nächsten Jahres deutlich abgemildert wird. So schließen wir eine Überforderung der Solarunternehmen aus.

Die Eigenverbrauchsregelung ist auf Druck der FDP absolut zukunftsfähig ausgestaltet worden. Anlagenbetreiber, die ihren Strom selbst nutzen, erhalten den höheren Vorteil nur, wenn sie mit Verhaltensänderungen und Investitionen in Speicher tatsächlich zur Netzentlastung beitragen. Mitnahmeeffekte werden vermieden. Stattdessen wird es wirtschaftlich attraktiv, eigenen Solarstrom etwa zum Laden eines Elektroautos zu nutzen.

Der FDP ist es gelungen, den Vertrauensschutz für Investoren zu verbessern. Hausbesitzer, die im harten Winter keine Module aufs Dach bringen konnten, erhalten nun bis Ende Juni die alte Förderung. Gleichzeitig wurde der Stichtag für den besonderen Vertrauensschutz für Freiflächenanlagen vom 1.1. auf den 25.3.2010 verschoben. Die FDP hätte sich noch mehr Vertrauensschutz gewünscht, die Fristen sind ein Kompromiss in der Koalition.

Den Ausschluss von Ackerflächen aus der Förderung trägt die FDP als Teil des Kompromisses mit, auch wenn wir sie nicht gewollt haben. Im Gegenzug ist es uns gelungen, die Nutzung von Konversionsflächen auszuweiten und finanziell attraktiver zu machen.

3. Bürgerkontakt

▪ Besuchergruppe am 16. April 2010



Dr. Martin Lindner lud am 16. April 2010 das erste Mal eine Gruppe von politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu einem Tag durch das politische Berlin ein.

Der Besucherdienst des Bundespresseamtes betreute die politische Informationsfahrt sowie die Informationsgespräche mit der Besuchergruppe. Die Tour startete am frühen Morgen im Bundespresseamt mit einem Informationsgespräch, danach ging es weiter zum Auswärtigen Amt. Nach einer Führung im Deutschen Bundestag und einem Vortrag im Plenarsaal fand anschließend eine Diskussion mit Dr. Martin Lindner statt. Mit einem Abendessen und einem gemütlichen Beisammensein auf einer Schiffsrundfahrt fand die Tour ihren Ausklang.

▪ 12. Schulklasse Max-Planck Gymnasium Mitte



Die 12. Klasse aus dem Max-Planck-Gymnasium in Berlin Mitte besuchte im Rahmen ihres Grundkurses für Politik am 20. April den Deutschen Bundestag.

Die Klasse nahm an einer 90 minütigen Führung zum Thema Parlamentsgeschichte teil und diskutierte bei einem anschließenden Gespräch mit Dr. Martin Lindner über Politik.

▪ Girls' Day 2010

Am diesjährigen 10. Girls' Day beteiligten sich so viele Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen wie noch nie zuvor in Deutschland. Mehr als 9.600 Veranstaltungen wurden durchgeführt. Anlässlich des Jubiläums übernahm Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die Schirmherrschaft für den Girls' Day.



Auch Dr. Martin Lindner begrüßte zwei Mädchen: Vivian Stachecki und Sophia Köppen von der Beucke-Oberschule in Zehlendorf. Die beiden 15- und 16-jährigen erhielten Einblick in den Berufsalltag eines Bundestagsabgeordneten und dessen Mitarbeiter. Auf dem Programm stand auch eine Besichtigung des Reichstagsgebäudes.

Hintergrund:

An jedem vierten Donnerstag im April können Schülerinnen Einblick in Berufsfelder erhalten, die Mädchen im Prozess der Berufsorientierung nur selten in Betracht ziehen. In erster Linie bieten technische Unternehmen und Abteilungen, sowie Hochschulen, Forschungszentren und ähnliche Einrichtungen am Girls' Day Veranstaltungen für Mädchen.



Anhand von praktischen Beispielen erleben die Teilnehmerinnen in Laboren, Büros und Werkstätten, wie interessant und spannend diese Arbeit sein kann. Der Girls' Day soll dazu beitragen, den Anteil der weiblichen Beschäftigten in den so genannten „Männerberufen“ zu erhöhen und damit den sich abzeichnenden Fachkräftemangel in der Industrie zu verringern.

4. Medienecho

▪ **der Freitag, 16.04.2010: „Wann steht der morgens auf?“**

Martin Lindner im Gespräch über Leistung, die Richtigkeit von Boni und die Frage, warum ausgerechnet Ulrich Wickert erfolgreich geworden ist.

<http://www.freitag.de/politik/1015-wann-steht-der-morgens-auf>

▪ **„Studio Friedmann“, 06.05.2010: „Griechenland pleite – Deutschland zahlt“**

Michel Friedman diskutiert mit Sahra Wagenknecht, wirtschaftspolitische Sprecherin DIE LINKE, und Martin Lindner über den Euro und die Griechenland-Krise, die milliardenschweren Steuerausfälle für Bund, Länder und Kommunen sowie Pläne für Steuersenkungen

Die komplette Sendung finden Sie im Internet unter: <http://www.N24.de/Studio-Friedman>

5. Vorschau

▪ **Gastrede bei einer internationalen Tagung von British American Tobacco Germany (BAT)**

11.05.2010

- Vortrag "Die Welt als Liberalismus" bei der Casino-Gesellschaft Berlin
19.05.2010
- Gespräch der Parlamentarier-Gruppe ‚Arabischsprachiger Staaten des Nahen Ostens‘ mit dem Großmufti der Arabischen Republik Syrien, Scheich Dr. Ahmad Badr Al-Din Hassoun
20.05.2010
- Bürgersprechstunde des Petitionsausschusses auf dem Ökumenischen Kirchentag in München
20.05.2010
- Landesfachausschuss Wirtschaft, Finanzen und Arbeit
27.05.2010
- Arabienreise des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages
28.05.2010 - 06.06.2010



Achtung! Dieser Newsletter wird einmalig an die FDP-Mitglieder in Berlin verschickt. Wenn Sie ihn weiterhin erhalten möchten, melden Sie sich unter [Newsletter beantragen](#) an.